

Aufschwung Ost

– Eine Zwischenbilanz –

Diese Dokumentation ist eine Zusammenfassung des Handbuchs „Aufschwung Ost“. Ausführlich wird darin der Strukturwandel in den neuen Bundesländern seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beschrieben. Die Dokumentation kann als Broschüre beim IS-Versandzentrum bestellt werden, der Text des Handbuches ist auch als Computer-Diskette erhältlich. — Bestelldaten für die Broschüre „Aufschwung Ost“: Bestell-Nr. 5919, Preis je 50 Expl.: 27,— DM, für die Computer-Diskette: Bestell-Nr. 9913, Preis je 5 Expl.: 15,— DM.

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Der Umbau gelingt

- Soll und Haben der DDR-Wirtschaft
- Der Weg zum modernen Standort
- Beachtliche Erfolgsbilanz der Treuhand
- Mittelstand: Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft
- Wegbrechen der Märkte, Hilfe aus Bonn
- Hilfe durch die Europäische Union

2. Infrastruktur:

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg

- Neue Straßen, Brücken und Gleise
- Telefon und Post auf EG-Niveau

3. Landwirtschaft: Integration im europäischen Agrarmarkt

- Versorgungsengpässe durch Zwangskollektivierung
- Höhere Flächenerträge bei umweltschonender Produktion
- Teilentschuldung und langfristige Verpachtung

4. Umweltschutz:

Ökologische Sanierung hat oberste Priorität

- Verbesserung von Luft, Wasser und Boden
- Arbeitsplatz Umweltschutz

5. Beschäftigung: Umbau des Arbeitsmarktes

- Verdeckte Arbeitslosigkeit im Sozialismus
- Soziale Marktwirtschaft deckt Unterbeschäftigung auf
- Neue Arbeitsplätze schaffen
- Hilfen bei Arbeitslosigkeit
- Arbeitslosenunterstützung
- Aktive Arbeitsmarktpolitik
- Licht am Ende des Tunnels

6. Einkommen: Aufholjagd hat begonnen

- Gleicher Lohn für gleiche Leistung
- Positive Bilanz

7. Rente: Entschädigung für lebenslange Entbehrungen

- DDR-Rente: Beschränkt auf Sicherung des Existenzminimums
- Üppige Versorgung für Privilegierte
- Heute: solide und umfassende Alterssicherung in den neuen Bundesländern
- Neuberechnung der Renten zugunsten der Menschen

8. Wohnungsbau: Rekordstand für Genehmigungen

- Bau-Boom
- Eigene „vier Wände“
- Bezahlbarer Wohnraum

9. Gesundheitswesen: Versorgung wie im Westen

- Gesundheitswesen in der ehemaligen DDR
- Deutliche Fortschritte

10. Kinderbetreuung:

Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz verwirklicht

Einleitung

Am 1. Juli 1990 wurde mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ein Meilenstein zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands gesetzt. Über der Fülle zahlreicher Alltagsorgen gerät die welthistorische Bedeutung der Wende in Osteuropa und der Wende in Deutschland schnell in Vergessenheit. Allzu leicht verstrickt man sich in Kleinigkeiten; eine realitätsferne „DDR-Nostalgie“ treibt mitunter wundersame Blüten.

Nach dem dramatischen Rückgang der Industrieproduktion, nach zahlreichen Firmenzusammenbrüchen in den Jahren 1990 bis 1992 hat die ostdeutsche Wirtschaft nun wieder Tritt gefaßt. Die Aufholjagd gegenüber dem Westen hat begonnen. Viele Betriebe haben ihre Maschinen und Anlagen modernisiert und neue Produkte auf den Markt gebracht. Computerchips aus Thüringen oder Werkzeugmaschinen aus Sachsen brauchen sich nicht mehr hinter der westlichen Konkurrenz zu verstecken.

Der Umbau gelingt, auch wenn noch viele schwierige Aufgaben vor uns liegen. Die Experten sagen für die neuen Bundesländer ein Wirtschaftswachstum von 7,5 Prozent für das Jahr 1994 voraus und haben damit schon ihre Zahlen aus dem vergangenen Jahr deutlich nach oben korrigiert. Sogar die zweistellige Steigerungsraten sind in naher Zukunft zu erwarten. Damit wird die Wirtschaft zwischen Rostock und Zwickau eines Tages zur Konjunkturlokomotive im geeinten Deutschland werden.

Die Soziale Marktwirtschaft ist auf dem besten Wege, in Deutschland ihre zweite Feuerprobe zu bestehen: Die neuen Bundesländer befinden sich im Umbruch zu einem der modernsten Standorte Europas.

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Der Umbau gelingt

Soll und Haben der DDR-Wirtschaft

Die Spuren 40jähriger sozialistischer Mißwirtschaft lassen sich nicht in wenigen Jahren verwischen oder beseitigen. Die Öffnung der voneinander abgeschotteten deutschen Märkte nach dem Fall der Mauer, der Übergang von der Kommandowirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft machte die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in den neuen Bundesländern offenkundig.

- Die Produktivität war extrem niedrig und lag nach Schätzungen bei knapp 30 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Ursachen waren vielfältig. So wurden Investitionsmittel in unwirtschaftliche Produktionen gesteckt, nur weil es sich um Vorzeigeobjekte, wie etwa die Robotron-Werke, handelte.
- Außerdem fehlte der Wettbewerb zwischen den Betrieben, die Vorteile der Arbeitsteilung wurden nicht ausgeschöpft. Die Unternehmen produzierten statt dessen mit einer hohen Fertigungstiefe, um sich angesichts der ständigen Lieferengpässe von Zulieferern möglichst unabhängig zu machen.
- Die Verdrängung des privaten Eigentums und der fehlende Wettbewerb führten zur Bildung der Kombinate. Dabei standen kaum wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund. Die Kombinate sollten vielmehr die Machtausübung der SED sichern. Der horizontale Zusammenschluß gleichartiger Produzenten war die vorherrschende Kombinarsform. In den 80er Jahren folgte — bedingt durch die Mangelwirtschaft — die Angliederung kombinatseigener Bauabteilungen, Forschungs- und Projektierungseinrichtungen sowie eigener Zulieferer- und Konsumgüterkapazitäten.
- Die stetig sinkenden Investitionen — der DDR fehlten zunehmend Finanzmittel — führten dazu, daß die längst überfällige Modernisierung und Erneuerung des bereits deutlich überalterten Kapitalstocks vor allem des Maschinenparks ausblieb. In vielen Betrieben konnte noch nicht einmal die Erhaltung des Leistungsvermögens der vorhandenen Maschinen und Anlagen gewährleistet werden. Große Reparaturanfälligkeit und übermäßig hoher Ersatzteilbedarf waren zu einem typischen Kennzeichen der DDR-Betriebe geworden.

Der Weg zum modernen Standort

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit Deutschlands stellt die Wirtschaftspolitik vor eine ganz besondere Herausforderung. Die Geschichte gab bisher dafür kein Beispiel, wie ein in 40 Jahren Planwirtschaft in seinen wirtschaftlichen Grundstrukturen zerstörtes und in seinen Wirtschaftsbeziehungen völlig einseitig ausgerichtetes Land erfolgreich in eine arbeitsteilige, hochmoderne und international wettbewerbsfähige Volkswirtschaft integriert werden kann.

Um der zunehmend kritischen Situation in Ostdeutschland entgegenzuwirken, entwickelte die CDU-geführte Bundesregierung Ende 1990 die Strategie „Aufschwung Ost“. Bisher sind brutto insgesamt 643 Milliarden DM in die neuen Bundesländer geflossen. Dieser Betrag wurde zu mehr als der Hälfte vom Bund bereitgestellt. Die jährlichen Ost-West-Transfers erreichen seit 1992 ein Volumen von fünf Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts und 65 Prozent des Inlandsprodukts der neuen Bundesländer. Verglichen hiermit betrug die Marshall-Plan-Hilfe der Nachkriegszeit zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik Deutschland.

Die zur Verfügung gestellten Mittel betreffen vor allem umfangreiche Investitionshilfen, den Auf- und Ausbau der Infrastruktur, die Verbesserung der Absatzbedingungen für ostdeutsche Unternehmen, Privatisierungen durch die Treuhandanstalt sowie die soziale Abfederung des unvermeidlichen Strukturbruchs.

Durch die zahlreichen Finanzhilfen, die Politik der Bundesregierung und der CDU-Landesregierungen wurden in den letzten vier Jahren die Grundlagen für eine Umstrukturierung und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie gelegt.

Die Erfolge können sich sehen lassen. Erhebliche Fortschritte wurden vor allem bei der Erneuerung und Sanierung industrieller Kerne erzielt. Zu ihnen zählen zum Beispiel Automobilindustrie, optische Industrie, Mineralöl- und chemische Industrie, Stahlindustrie, Werften, Maschinenbau, Elektrotechnik und Mikroelektronik.

Seit Mitte 1993 wachsen in fast allen Branchen der ostdeutschen Industrie Produktion und Auftragseingänge mit zweistelligen Raten. Im Januar 1994 übertraf die ostdeutsche Industrieproduktion das Vorjahresniveau um 18 Prozent. Auch die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Industriebetriebe konnte in den letzten Jahren deutlich gesteigert werden. Die Produktivitätsgewinne erreichten im vergangenen Jahr durchschnittlich 50 Prozent, die Prof-Kopf-Investitionen der Unternehmen übertreffen zum erstenmal sogar das Westniveau.

Beachtliche Erfolgsbilanz der Treuhand

Die Treuhandanstalt hat ihre Arbeit nun fast beendet. Unter der Regierung von DDR-Ministerpräsident Modrow wurde die zeitweilig „größte Firma der Welt“ am 1. Januar 1990 gegründet. Der SED-Politiker überschätzte damals erheblich den Wert der 8.500 Kombinate und VEBs. Er behauptete, die DDR bringe ein Vermögen von 600 Milliarden DM in die deutsch-deutsche Vereinigung ein. Doch die nähere Prüfung ergab, daß die Treuhandanstalt unter dem Strich noch viel weniger als Nichts besaß — genau genommen hatte sie 250 Milliarden DM Schulden. Dieser Betrag entspricht fast der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts. Die Ursachen:

- Die DDR-Regierung drückte den Betrieben Schulden auf, um den Staatshaushalt in Ordnung zu halten. Diese Schulden mußte die Treuhand tilgen.
- Die Treuhand hatte die ökologischen Altlasten zu übernehmen.
- Die Treuhand konnte viele Betriebe erst nach großen Zugeständnissen und mit hohen Verlusten verkaufen, weil die Maschinen und Produkte zum Teil hoffnungslos veraltet waren.

Bis Januar 1994 hat die Treuhandanstalt insgesamt 12.836 Unternehmen privatisiert. Dazu zählen 5.914 Unternehmen, 7.480 Unternehmensteile,

437 Bergwerksrechte. Die Käufer garantieren 1.505.892 Arbeitsplätze. Fest zugesagt wurden überdies Investitionen in Höhe von 187,9 Milliarden DM. 2.400 Privatisierungen gehen auf den Verkauf von Unternehmen an Belegschaftsmitglieder, sogenannte „Management Buy-Outs“, zurück.

Mittelstand: Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft

Nur ein breiter Mittelstand sichert auf Dauer Wachstum und Wohlstand. Deshalb wurde das schon im Westen bewährte Instrumentarium der Mittelförderung vollständig auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Etwa jede zweite Existenzgründung wurde durch öffentliche Mittel gefördert. Seit 1990 erhielten die Jungunternehmer Kredite über mehr als 26 Milliarden DM.

Die Erfolge sind bereits sichtbar: Die Güterproduktion belebt sich, der Aufbau mittelständischer Strukturen kommt voran und trägt in besonderer Weise zum Aufschwung Ost bei.

Vor allem im Handwerk schreitet die Entwicklung weiterhin gut und zügig voran. Von den inzwischen rund drei Millionen Beschäftigten im ostdeutschen Mittelstand sind allein über eine Million im Handwerkssektor bei 138.000 Unternehmen tätig.

Der Dienstleistungssektor bildet sich als eine weitere tragende Säule des Aufschwungs heraus. Zwar ist der tiefgreifende Strukturwandel noch nicht abgeschlossen. Dennoch zählen die Dienstleistungen schon jetzt zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereichen.

Eine besondere Erneuerung hat die Handelsstruktur erfahren. Zu den etwa 20.000 selbständigen Handelsbetrieben, die bereits zu DDR-Zeiten existierten, kamen etwa 120.000 bis 140.000 mittelständische Handelsunternehmen hinzu, die den Markteintritt inzwischen erfolgreich vollzogen haben. Die Konsumgenossenschaften litten nach der Währungsunion unter erheblichem Anpassungsdruck und schlossen kurzfristig Tausende von Lebensmittelgeschäften auf dem Lande. Dies führte in den betroffenen Regionen teilweise zu Versorgungsengpässen.

Mit mobiler Versorgung und Nachbarschaftshilfe sowie der Einführung einer neuen Angebots- und Ladenform konnten jedoch schwerwiegende Versorgungsstörungen vermieden werden.

Auch der Aufbau der freien Berufe kommt voran. In der DDR spielten die Freiberufler wirtschaftlich nur eine unbedeutende Rolle. So gab es 1980 lediglich 15.700 freiberuflich bzw. freischaffend tätige Personen (einschließlich der Künstler und Publizisten). Sie unterlagen zudem starken staatlichen Reglementierungen.

Der Aufbau der freien Berufe erfolgte daher von einem niedrigen Niveau aus. Die Einrichtung von Berufskammern, Fach- und Landesverbänden wurde allerdings in relativ kurzer Zeit bis 1992 abgeschlossen. Schon im Jahre 1990

stieg die Anzahl der selbständigen Freiberufler auf 18.000 und 1991 auf etwa 50.000 an. Gegenwärtig gibt es 67.000 freiberufliche Unternehmungen mit etwa 150.000 Beschäftigten.

Wegbrechen der Märkte

Das größte Problem bei der Überführung der sozialistischen Kommandowirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft stellte das völlige Wegbrechen der osteuropäischen Märkte dar. Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR waren durch ihre Mitgliedschaft im osteuropäischen Wirtschaftsverband „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) bestimmt. Durch langfristige Verträge waren Produktions- und Außenhandelsstrukturen der DDR überproportional auf die RGW-Länder ausgerichtet. Alleine im Jahre 1990 entfielen 67 Prozent der Einfuhren und 79 Prozent der Ausfuhren auf den Osthandel.

Mit der Währungsunion und dem damit unvermittelten Übergang der ostdeutschen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft zeigte sich, daß der Großteil der Unternehmen der westlichen Konkurrenz nicht gewachsen war. Vor allem aber fehlte es an wettbewerbsfähigen Produkten sowie Außenhandels- und Marketing-Know-how. Das Staatssicherheitssystem hatte ein vernünftiges Management mit möglichen westlichen Wirtschaftspartnern unterdrückt.

Die ostdeutsche Wirtschaft blieb also zunächst von ihren traditionellen Absatzmärkten im Osten abhängig, insbesondere von der ehemaligen Sowjetunion. Doch die tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa führten zu einem drastischen Rückgang des Außenhandels: Im Osthandel mußten die neuen Bundesländer einen Rückgang um 74 Prozent verzeichnen.

Um die neuen Bundesländer zügig in die Weltwirtschaft zu integrieren, stellte die Bundesregierung ihre Außenwirtschaftsförderungs-Instrumentarien speziell auf die Bedürfnisse ostdeutscher Firmen ab. Wichtigster Beitrag für das Überleben, insbesondere der von Exporten in die ehemalige Sowjetunion abhängigen Unternehmen, war die Gewährung von HERMES-Bürgschaften.

Hilfe durch die Europäische Union

Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands gilt das Recht der Europäischen Gemeinschaft auch im Gebiet der ehemaligen DDR. 80 Prozent des Gemeinschaftsrechts hatten sofort Gültigkeit. Damit konnte die Wirtschaft der neuen Bundesländer sofort alle Möglichkeiten und Vorteile des gemeinsamen Marktes nutzen.

Langwierige Verhandlungen, wie sonst bei Beitrittskandidaten für die EG-Mitgliedschaft notwendig, entfielen. In einigen Bereichen wurden den neuen Bundesländern Übergangsregelungen zugebilligt: Waren, die vor der Verei-

nigung zollfrei aus europäischen RGW-Staaten und Jugoslawien in die ehemalige DDR eingeführt wurden, durften auch weiterhin zollfrei eingeführt werden. Allerdings mußten die Güter im Beitrittsgebiet verbleiben.

Außerdem gelang es der Bundesregierung durchzusetzen, daß die neuen Bundesländer zum Ziel-1-Gebiet bestimmt wurden. Dies sind Regionen, in denen das Bruttoinlandprodukt pro Einwohner mindestens 25 Prozent unter dem EU-Durchschnitt liegt. In diese Gebiete fließen 80 Prozent der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Die neuen Bundesländer erhielten im Zeitraum von 1991 bis 1993 etwa sechs Milliarden DM. Von 1994 bis 1999 fließen nochmals etwa 28 Milliarden DM in die neuen Bundesländer. Diese Mittel sollen zum Aufbau einer modernen Infrastruktur verwendet werden.

So trägt die EU dazu bei, daß die neuen Bundesländer im Europäischen Binnenmarkt und in der Europäischen Währungsunion zu einem attraktiven Standort werden.

2. Infrastruktur: Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg

Neue Straßen, Brücken und Gleise

Durch die chronische Devisenknappheit der DDR und die nur begrenzten Investitionsmittel wurde die Infrastruktur vernachlässigt. Dies schränkte nicht nur die Bürger ein, sondern behinderte auch das wirtschaftliche Leben erheblich.

Das Schienennetz der Reichsbahn war in einem desolaten Zustand: 1988 gab es 1.180 Langsamfahrstellen auf 1.700 km Gesamtlänge. Bei 3.660 Brücken war die Tragfähigkeit beeinträchtigt und auf 224 Brücken mußte die Geschwindigkeit deutlich eingeschränkt werden.

Auch das Straßennetz war in einem schlechten Zustand. Bezogen auf die Gesamtlänge wiesen 58 Prozent der Straßen größere Schäden bis hin zum völligen Verfall auf. Zahlreiche Autobahnabschnitte waren seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr ausgebessert worden.

Für den grenzüberschreitenden Verkehr standen entlang der rund 1.400 km langen innerdeutschen Grenze nur zehn Straßen sowie sieben Eisenbahnübergänge und für den Berlin-Verkehr nur die wenigen zugelassenen Transitstraßen zur Verfügung. Unmittelbar nach Öffnung der innerdeutschen Grenzen am 9. November 1989 setzten schlagartig hohe Verkehrsströme ein. Daher wurden im Jahr 1989 durch Sofortmaßnahmen zahlreiche Straßenverbindungen im unmittelbaren Grenzbereich wieder befahrbar gemacht. Bereits

am 26. Mai 1990 wurde der Bahnabschnitt Eichenberg-Arenshausen, der Kassel mit Halle verbindet, wiedereröffnet und im Juni 1990 die A 4 im Thüringer Zipfel provisorisch dem Verkehr übergeben.

Allein bis Ende 1992 sind 5.600 km Bundesfernstraßen instand gesetzt worden. Dies entspricht etwa der Entfernung von Rostock ins spanische Barcelona und wieder zurück. Außerdem wurden 190 km Fernstraßen neu gebaut, ferner wurden 770 Brücken repariert oder neu gebaut und 3.000 km Schienennetz der Eisenbahn saniert.

Mit der Einheit Deutschlands entwickelte sich auch der Luftverkehr äußerst dynamisch: Über 3,6 Millionen Fluggäste nutzten 1992 die vier großen Flughäfen Berlin/Schönefeld, Leipzig/Halle, Dresden und Erfurt. Zwischen den alten und den neuen Bundesländern wuchs die Passagierbeförderung im vergangenen Jahr um mehr als 50 Prozent.

Telefon und Post auf Westniveau

Das über 20 Jahre alte Fernsprechnetzt war Ende der 80er Jahre verschlissen. Mit elf Fernsprechan schlüssen je 100 Einwohner belegte die DDR im Hinblick auf die Telefonanschlußdichte den 65. Platz in der Welt. Seit der Wiedervereinigung wurden rund 2,3 Millionen Telefonanschlüsse neu eingerichtet. Insgesamt stehen in den neuen Bundesländern jetzt über 4 Millionen Telefonanschlüsse zur Verfügung. Vor der Maueröffnung konnte nur jeder zehnte Bürger von zu Hause aus telefonieren, heute bereits jeder vierte.

Auch die Deutsche Bundespost-Postdienst bewältigte seit der Wiedervereinigung umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern. Bis Ende 1993 hatte das Unternehmen etwa 1,4 Milliarden DM dafür investiert.

Durch die Einführung der neuen fünfstelligen Postleitzahlen zum 1. Juli 1993 konnte die ehemalige Zusatzkennzeichnung, die Buchstaben „W“ und „O“, wegfallen. Das bis dahin aufwendige Verteilsystem der Postsendungen wurde erheblich vereinfacht.

3. Landwirtschaft: Integration im europäischen Agrarmarkt

Versorgungspässe durch Zwangskollektivierung

40 Jahre sozialistische Planwirtschaft hatten in der DDR die Landwirtschaft ruiniert. Die Agrarproduktion war teuer, ineffizient, unflexibel und umweltbelastend. Molkereien, Schlachthöfe, die gesamte Verarbeitung und

Vermarktung war in einem desolaten Zustand. Trotz Überproduktion von Schlachtvieh, Milch und Getreide gab es auf der anderen Seite Versorgungsengpässe und leere Regale. Die Qualität der Nahrungsmittel ließ oft zu wünschen übrig.

Die Bauern waren dafür nicht verantwortlich. Der schlechte Zustand der Landwirtschaft war vielmehr das Ergebnis der Planwirtschaft. Die Agrarstruktur in der DDR war durch die Zwangskollektivierung und Kommandowirtschaft künstlich geschaffen worden. Die Devise hieß: Immer größere Betriebe schaffen und immer mehr spezialisieren. Die Bauern waren lediglich Arbeiter in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und besaßen faktisch kein Eigentum mehr.

Über sechs Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche in der ehemaligen DDR wurden von nur 1.200 genossenschaftlichen und 80 volkseigenen Betrieben der Pflanzenproduktion bewirtschaftet.

Die Beschäftigtenzahl der Landwirtschaft lag 1989 bei über 850.000 Personen. Weil Arbeitsplätze in der DDR-Wirtschaft fehlten, mußte die Landwirtschaft einen großen Teil der verdeckten Arbeitslosigkeit kompensieren.

Die Misere der DDR-Landwirtschaft läßt sich auch an der Preisbildung ablesen. Die unwirtschaftliche Agrarproduktion mußte erheblich subventioniert werden. So kostete zum Beispiel ein Liter Milch auf Erzeugerstufe 1,70 Mark der DDR, für den Verbraucher jedoch nur 68 Pfennig — obwohl zu den Erzeugerkosten noch die Kosten für Verpackung, Transport, Bearbeitung und Verteilung hinzukamen. Trotz dieser hohen Lebensmittelsubvention mußten die Haushalte 22 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben.

Höhere Flächenerträge bei umweltschonender Produktion

Die Erfolge der Umstrukturierung in der Landwirtschaft seit der Wiedervereinigung sind sichtbar. Bis heute haben sich bereits über 25.000 Betriebe in den neuen Bundesländern gebildet. Die landwirtschaftlichen Einkommen, gerade bei den Einzelunternehmen im Vollerwerb und bei den Personengesellschaften, steigen. Die Produktion hat sich erholt, die Flächenerträge liegen trotz umweltschonenderer Produktionsweise durchweg über denen des Jahres 1989. Überdies haben sich die Preise der landwirtschaftlichen Produkte dem westlichen Niveau angenähert.

Von 1990 bis 1994 hat die CDU-geführte Bundesregierung insgesamt 16 Milliarden DM für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern bereitgestellt.

Zu den größten Erfolgen gehört die Integration der ostdeutschen Landwirtschaft in den europäischen Agrarmarkt. Dadurch konnten die abrutschenden Agrarmärkte stabilisiert und eine geordnete Umstellung auf die Angebots- und Nachfrageverhältnisse der Europäischen Union geschaffen werden.

Teilentschuldung und langfristige Verpachtung

Zur Entlastung der Betriebe von Altschulden gibt es effiziente Regelungen. Kein Unternehmen soll durch Altschulden in wirtschaftliche Bedrängnis kommen. Bereits 1991 beschloß die Bundesregierung eine Teilentschuldung für sanierungs- und entwicklungsfähige Unternehmen. Allein dadurch sind die Unternehmen von 1,4 Milliarden DM Schulden befreit worden.

Eine der zentralen Fragen bei der Neuorganisation des Agrarsektors war und ist die Wiederherstellung klarer Eigentumsverhältnisse. Die Bundesregierung hat dafür die Voraussetzungen geschaffen: Das noch von der DDR-Volkammer verabschiedete Landwirtschaftsanpassungsgesetz wurde grundlegend novelliert und damit der dringend notwendige rechtliche Rahmen geschaffen, um die Umstrukturierung zu beschleunigen. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die sich bis zum 31. Dezember 1991 nicht in eine andere Rechtsform umgewandelt hatten, wurden aufgelöst. Das Gesetz erleichtert überdies die geordnete Vermögensauseinandersetzung und verbessert die Rechtsstellung der Grundeigentümer.

Für die CDU-geführte Bundesregierung ist der zügige Abschluß langfristiger Pachtverträge vorrangig, damit die Betriebe auf sicherer Grundlage wirtschaften können. Bei der langfristigen Verpachtung ist an erster Stelle das Betriebskonzept entscheidend. Bei gleichwertigen Konzepten erfolgt die Vergabe der Flächen in der Reihenfolge:

- ortsansässige Wieder- und Neueinrichter, wozu auch die Opfer der Bodenreform zählen,
- LPG-Nachfolgeunternehmen,
- nicht ortsansässige Neueinrichter.

Dieses Konzept gefährdet die LPG-Nachfolgeunternehmen nicht. Die ortsansässigen Landwirte, die eine selbständige Existenzgründung wagen, erhalten eine faire Chance.

4. Umweltschutz: Ökologische Sanierung hat oberste Priorität

Verbesserung von Luft, Wasser und Boden

Das Plansystem der früheren DDR berücksichtigte Umweltschutzinteressen fast überhaupt nicht, weil unter allen Umständen kurzfristige Erfolge im Vordergrund standen. Veraltete Produktionsmethoden und eine zügellose Ressourcen- und Energieverschwendung trugen zusätzlich zum ökologischen

Desaster bei. Umweltbezogene Investitionen in Produktion und Infrastruktur unterblieben fast vollständig. So wurden zum Beispiel ohne jede Sicherung Bleischlämme im Mansfelder Land auf Wiesenflächen abgelassen, nachdem das Fassungsvermögen der vor dem Kriege errichteten Bassins erschöpft war.

Wasser- und Luftbelastungen führten dazu, daß 9,6 Millionen Einwohner zeitweise oder ständig qualitativ beeinträchtigtes Trinkwasser erhielten. In rund 1000 Gemeinden mußten Säuglinge gesondert mit Wasser aus Flaschen versorgt werden. Sechs Millionen Menschen lebten in Gebieten mit teils erheblichen Grenzwertüberschreitungen bei Schwefeldioxyd.

Bereits kurz nach der Vereinigung wurden ca. 30.000 Altlastenverdachtsflächen ermittelt. Heute geht man, nach gründlichen Untersuchungen, sogar von 80.000 Verdachtsflächen aus.

Von den 11.000 Standorten für Hausmüllablagerungen wurden rund 10.000 als wilde Müllkippen ohne Beachtung von Sicherheitsstandards betrieben.

Im Gebiet des Uranerz-Bergbaus überstieg die Radonkonzentration bei 50 Prozent der Häuser den Normalbereich von 250 Becquerel pro Kubikmeter.

Diese Belastungen wirkten sich nicht nur auf die Umwelt, sondern vor allem auch auf die Gesundheit der Menschen aus. In Gebieten mit starker Luftbelastung wie dem südlichen Industriegürtel lagen chronische Atemwegserkrankungen um 20 Prozent höher als in den weniger belasteten Regionen.

Insgesamt führte dies auch zu einer deutlich niedrigeren Lebenserwartung der Menschen in der ehemaligen DDR. In dem Land, in dem nur drei Prozent der Wasserläufe ökologisch intakt waren, lag bei Männern die durchschnittliche Lebenserwartung um zweieinhalb Jahre und bei Frauen sogar um sieben Jahre unter dem Durchschnitt in der ehemaligen Bundesrepublik.

Die ökologische Sanierung in den neuen Bundesländern ist seit der Wiedervereinigung eine umweltpolitische Aufgabe höchster Priorität. Insgesamt hat die CDU-geführte Bundesregierung in den neuen Bundesländern bis Ende 1993 für Umweltschutzprojekte rund 32 Milliarden DM an Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt.

Schwerpunkt der Umweltpolitik war zunächst die umgehende Beseitigung von Gesundheitsgefährdungen und der gezielte Abbau von Schadenspotentialen in Luft, Wasser, Boden und Landschaft. Zur Verbesserung der Umweltsituation wurden zunächst überalterte und umweltbelastende Betriebe stillgelegt sowie eine Vielzahl von Umweltschutzs Sofortmaßnahmen auf den Weg gebracht. So wurden etwa in Greifswald aus Sicherheitsgründen fünf Kernkraftwerksblöcke sowjetischer Bauart vom Netz genommen.

Schon 1990 wurde das „Sofortprogramm Trinkwasser“ begonnen. Für Reinigung und Desinfektion wurden für etwa 40 Wasserwerke Mittel bereitgestellt und Projekte zum Anschluß von Gemeinden und Ortsteilen an die öffentliche Trinkwasserversorgung gefördert. Des weiteren wurden Nutzungs-

beschränkungen für Böden, die mit Schwermetall und giftigen organischen Stoffen stark belastet waren, erlassen.

Durch diese Maßnahmen wurden schnell erste Erfolge erzielt. Die Luftbelastungssituation in den neuen Bundesländern hat sich deutlich verbessert. Die mittlere Schwefeldioxydbelastung in den industriellen Ballungsgebieten der neuen Bundesländer hat in den Jahren 1990 bis 1992 um 45 bis 65 Prozent abgenommen.

Ein erheblicher Rückgang ist auch bei der Belastung der Luft mit Schwebstaub zu verzeichnen. In den Ballungsgebieten wurde teilweise eine Schadstoffminderung von über 50 Prozent erreicht.

Altlasten stellen für Menschen und Umwelt eine besondere Gefahr dar. Sie bedeuten aber auch für Investoren ein erhebliches finanzielles Risiko. Bund und neue Bundesländer haben sich deshalb im Interesse der Beseitigung des Investitionshemmnisses Altlasten auf eine Finanzierungsregelung geeinigt. Danach übernehmen Treuhandanstalt/Bund 60 Prozent und die Länder 40 Prozent der Kosten. Bis jetzt sind insgesamt über 23 Milliarden DM für die Altlastensanierung zugesagt worden.

Erste wichtige Erfolge zeigt die von Bund und Ländern geschlossene Vereinbarung in der Braunkohlesanierung. Hier geht es um die Beseitigung und Rekultivierung der zu DDR-Zeiten ohne Rücksicht auf Menschen, Natur und Umwelt hervorgerufenen dramatischen Schäden. Allein im Lausitzer Revier wurden rund 75 Millionen Kubikmeter Erdmassen bewegt, um die Tagebaurestlöcher zu füllen. Dies sind insgesamt 833.000 LKW-Ladungen. Es wurden 2,3 Millionen Kubikmeter Böschung Sand, 200 Kilometer Gleise und Bahnanlagen zurückgebaut, 152.000 Kubikmeter Gebäude und Anlagen demontiert, 3.387 Hektar Fläche rekultiviert.

Nach Schätzungen von Wirtschaftsforschungsinstituten wird der Aufbau einer umfassenden Ver-, Entsorgungs- und Sanierungsinfrastruktur in den neuen Ländern zehn Jahre in Anspruch nehmen. Dafür muß ein Finanzvolumen von mindestens 200 Milliarden DM bereitgestellt werden. Der Aufbau dieser Infrastruktur kann nicht über Jahrzehnte erfolgen, sondern er muß im Interesse der Menschen und Unternehmen möglichst schnell angeschoben werden.

Arbeitsplatz Umweltschutz

Umweltschutz ist aber auch ein wichtiger Faktor auf dem Arbeitsmarkt. Mit der Sanierung der neuen Bundesländer werden zugleich modernste Technologien entwickelt, die langfristig auf dem Weltmarkt den Absatz deutscher Umweltprodukte sichern. Mittlerweile ist eine Vielzahl von Großprojekten zur Entwicklung fortschrittlichster Umwelttechnologien in Angriff genommen worden. Sie reichen von der Kläranlage und Sondermüllverbrennungsanlage in Bitterfeld bis zum Verwertungszentrum für Kunststoffabfälle und anorganische Problemstoffe des Chemiedreiecks Leipzig — Halle — Bitterfeld.

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird sich allein bei Fortführung einer fortschrittlichen Umweltpolitik in Ostdeutschland die Zahl der Umweltschutzbeschäftigten von heute rund 134.000 auf 336.000 im Jahre 2000 erhöhen.

5. Beschäftigung: Umbau des Arbeitsmarktes

In der ehemaligen DDR wurden nicht nur materielle Produktionsfaktoren wie Rohstoffe und Vorprodukte nach einem zentralen Plan an die Betriebe zuteilt, sondern auch Arbeitsplätze und Arbeitskräfte ge- bzw. verplant.

Arbeitslosigkeit im Sozialismus

Die Zuteilung von Arbeitskräften zu den einzelnen Betrieben erfolgte nicht nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, sondern mit dem Ziel, für jeden einen Arbeitsplatz bereitzustellen. Daß diese „Milchmädchen“-Rechnung nicht aufgehen konnte, zeigte sich zum einen an niedrigen Löhnen und Gehältern in der ehemaligen DDR, zum anderen aber auch in der deutlichen Überbesetzung zahlreicher Betriebe sowie des öffentlichen Dienstes. Wissenschaftler schätzen, daß für mindestens 1,4 Millionen Menschen in Wirklichkeit keine Arbeit da war.

Soziale Marktwirtschaft deckt Unterbeschäftigung auf

Grundlage des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft ist jedoch, daß Arbeitskräfte nur dann beschäftigt werden können, wenn dies im Blick auf das Betriebsergebnis wirtschaftlich sinnvoll ist. Nur so können in den Betrieben die Löhne der Arbeitnehmer, die Kosten der Investitionen und eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals erwirtschaftet werden. Nur dann sind Investitionen in moderne Technik und damit in zukunftssichere Arbeitsplätze lohnend und werden tatsächlich durchgeführt.

Nach Herstellung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion waren daher Entlassungen unvermeidbar. Der deutliche Rückgang der Zahl der Beschäftigten im Umfang von etwa 3,5 Millionen ist die negative Begleiterscheinung dieses großen Umbauprozesses. Die Beschäftigung sank vor allem in den wirtschaftlich wenig konkurrenzfähigen Industriebetrieben, in der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich des Handels und der Dienstleistungen ist jedoch nahezu gleich geblieben. Die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern lag im April 1994 bei 16,2 Prozent.

Neue Arbeitsplätze schaffen

Jetzt geht es darum, neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Träger einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung mit positiven Wirkungen auf den Arbeitsmarkt ist im Westen unseres Landes der breite und leistungsfähige Mittelstand. Einen solchen Mittelstand aus selbständigen Handwerkern und kleinen Unternehmen gab es in der ehemaligen DDR jedoch kaum, der Mittelstand war als Bestandteil des „kapitalistischen Systems“ systematisch zerschlagen worden. Jetzt vollzieht sich hier dank der Politik der CDU ein deutlicher Beschäftigungsaufbau. Der Mittelstand wächst schrittweise in seine führende Rolle für die Wirtschaftsentwicklung und damit für den Arbeitsmarkt hinein.

Hilfen bei Arbeitslosigkeit

Die nun offen zutage tretende Arbeitslosigkeit bringt erhebliche Belastungen für die Betroffenen mit sich. Doch diese Folge des notwendigen Umbaus der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen in den neuen Bundesländern konnte den Bürgerinnen und Bürgern niemand ersparen: Ohne wirtschaftlich arbeitende Betriebe konnte und kann es keinen Aufschwung geben; das weiß inzwischen jeder.

Deshalb setzt die Politik der CDU auf eine rasche Belebung der Wirtschaftskräfte, damit neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Das rasante Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern belegt, daß unsere gemeinsame Politik erfolgreich ist: Schon heute entstehen in den neuen Bundesländern Monat für Monat mehr neue Arbeitsplätze, als alte wegfallen.

Wie bitter es für den einzelnen auch sein mag, so gilt dennoch: Wer arbeitslos ist, darf sich auf die Solidarität der anderen verlassen, die mit ihren Beiträgen zur Finanzierung eines leistungsfähigen Systems der Arbeitslosenunterstützung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik beitragen. Denn der wirtschaftliche Kurs der Gesundheit geht mit stabilisierenden Maßnahmen der Sozialpolitik einher.

Arbeitslosenunterstützung

Bei der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung wurden die Bedingungen in den neuen Bundesländern rasch an die Verhältnisse im Westen Deutschlands angepaßt. Je nach Art und Dauer der vorangegangenen Beschäftigung und Familienstand erhält der Arbeitslose Lohnersatzleistungen, die zwischen 67 und 53 Prozent des bisher verfügbaren Einkommens betragen. Durch eine regelmäßige Anpassung dieser Leistungen an die allgemeine Lohnentwicklung ist auch sichergestellt, daß im Falle längerer Arbeitslosigkeit Arbeitslose am allgemeinen Wohlstandsfortschritt teilhaben.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Besonderes Augenmerk richtet die CDU jedoch auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, denn in den neuen Bundesländern geht es vor allem darum, Arbeitnehmer ohne Arbeitsplatz für einen neuen Beruf zu qualifizieren oder durch Maßnahmen der Arbeitsförderung wieder an den regulären Arbeitsmarkt heranzuführen.

Hier gibt es beachtliche Erfolge: Seit der Wende konnten weit über zwei Millionen Arbeitnehmer weitergebildet, fortgebildet oder umgeschult werden. Im April 1994 nahmen so fast 250.000 Frauen und Männer an geförderten Weiterbildungsmaßnahmen teil. Im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, also geförderten Beschäftigungsverhältnissen, waren 1993 rund 240.000 Personen beschäftigt. 1994 wird ein ähnlich hohes Niveau erreicht werden.

Hinzu kam ein neues Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Lohnkostenzuschuß für die Beschäftigung Arbeitsloser in den Bereichen des Umweltschutzes, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe. Bis heute haben auf diese Weise 80.000 Personen Beschäftigung gefunden. Eine weitere erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes stellt der Bezug von Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld dar. Im Dezember 1993 galten nahezu 800.000 Personen hier als leistungsberechtigt.

Durch diese Maßnahmen konnte der Arbeitsmarkt 1993 in den neuen Bundesländern um 1,7 Millionen Arbeitssuchende entlastet werden. Der Umfang des aktiven Arbeitsmarktes erreicht damit in diesen Jahren ein Niveau, das außergewöhnlich ist. Doch die besondere Lage in den neuen Bundesländern rechtfertigt diese Anstrengung. Denn die Arbeitnehmer im Osten Deutschlands sind jahrzehntelang um die Früchte ihrer Arbeit betrogen worden. Sie sollen jetzt eine neue Chance erhalten.

Licht am Ende des Tunnels

Die großen Anstrengungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zeigen nun deutliche Erfolge: Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern geht endlich zurück, in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel innerhalb eines Monats um einen Prozentpunkt. Alles deutet darauf hin, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit auch in den übrigen neuen Bundesländern gestoppt worden ist und eine langsame aber dauerhafte Entspannung am Arbeitsmarkt eintritt.

Die Politik der CDU-geführten Bundesregierung verzichtet auf vordergründige Effekthascherei und setzt auf diese nachhaltige Erholung von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Auf diesem Weg wollen wir fortfahren. Und solange die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern deutlich höher ist als im Westen, werden die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auch

weiterhin verstärkt dort eingesetzt. Denn die Arbeitslosigkeit ist Folge der 40jährigen sozialistischen Mißwirtschaft. Ihre Bekämpfung ist somit eine Aufgabe, die in Deutschland solidarisch von allen Bürgern gemeinsam wahrgenommen werden wird.

6. Einkommen: Auf dem Weg in den Wohlstand

Das Einkommen der Bevölkerung hat sich seit der Wiedervereinigung deutlich verbessert. Es ist von 29.600 DM pro Haushalt im Jahr 1991 um 24,3 Prozent auf 36.800 DM im Jahr 1992 angestiegen. Die Haushalte in Ostdeutschland haben damit gegenüber den alten Bundesländern kräftig aufgeholt.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung

In den einzelnen Wirtschaftsbranchen ist die Lohnangleichung bislang sehr unterschiedlich erfolgt. So haben die Gebäudereiniger bereits 100 Prozent des Westniveaus erreicht, die Beschäftigten der Bauindustrie 87 Prozent. Das Schlußlicht bildet die Süßwarenindustrie mit einer Angleichung von 63 Prozent. In den kommenden Jahren ist den Prognosen zufolge mit niedrigeren Lohnanpassungen zu rechnen, da Lohnkosten und Produktivität ansonsten auseinanderlaufen würden. Jedoch wird allgemein erwartet, daß es nach abgeschlossener Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft gleichen Lohn für gleiche Leistungen in ganz Deutschland geben wird.

Positive Bilanz

Verbessert hat sich auch die Versorgung der Bevölkerung. Die sich seit Anfang der 80er Jahre zuspitzende Verschuldung der DDR führte zu einer ständigen Verschlechterung der allgemeinen Versorgung. Zwar war das Angebot von Waren des Grundbedarfs einigermaßen gewährleistet, doch kam es bei höherwertigen Gütern wie zum Beispiel bei Autos, Unterhaltungselektronik, modischer Kleidung, Heimwerkerbedarf oder einigen Dienstleistungen wie Kfz-Reparaturen oder Taxis ständig oder zeitweise zu Engpässen. So betrug die Wartezeiten für den Erwerb eines PKWs, der ein bis drei Jahresgehälter kostete, zehn bis 15 Jahre. Die Entwicklung eines Urlaubs-Farbfilmes dauerte mindestens acht Wochen, weil er nach Wolfen geschickt werden mußte. Auch spezielle Planaufgaben für Konsumgüter, gezielte Preis-erhöhungen oder Westimporte änderten kaum etwas an der Gesamtsituation. Die mangelnde Flexibilität und die Unwirtschaftlichkeit der Handels- und

Verteilstrukturen behinderten spürbare Abhilfe. Deshalb verfügten die Bürger über erhebliche Sparguthaben, da sie über viele Jahre hinweg ihr Einkommen nur schwer ausgeben konnten. Dieser erhebliche Kaufkraftüberhang führte nach der Wiedervereinigung zu der Sonderkonjunktur der westdeutschen Wirtschaft.

Heute beurteilt die ostdeutsche Bevölkerung ihre persönliche Situation deutlich positiv. 59 Prozent ziehen die Bilanz, daß sich ihre persönliche Lage durch die Einheit verbessert hat.

7. Rente: Entschädigung für lebenslange Entbehrungen

Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, nationalsozialistische Diktatur, sowjetische Militärherrschaft und 40 Jahre SED haben besonders die ältere Generation in den neuen Bundesländern um die Früchte ihres lebenslangen Fleißes gebracht. Für die CDU-geführte Bundesregierung war es daher eine vordringliche Aufgabe, jetzt durch angemessene und sichere Renten einen Beitrag zu leisten, daß das Leben im Alter für diese Bürgerinnen und Bürger eine kleine Entschädigung aufgrund der lebenslangen Entbehrungen bietet.

DDR-Rente: Beschränkt auf Sicherung des Existenzminimums

Das Sozialrenten- und Zusatzrentensystem der ehemaligen DDR war nicht geeignet, den Rentnerinnen und Rentnern ein angemessenes Alterseinkommen zu sichern. Es hatte eher den Charakter eines „Gnadenbrotes“. Nach 45 Versicherungsjahren bekam der Rentner selbst bei relativ höherem Einkommen gerade einmal 480 Ost-Mark. Diese Rente konnte zwar durch die freiwillige Zusatzrentenversicherung etwas aufgebessert werden, von einer aktiven Gestaltung des dritten Lebensabschnittes konnte jedoch unter diesen Bedingungen keine Rede sein.

Üppige Versorgung für Privilegierte

Ganz anders stellte sich jedoch die Situation für diejenigen dar, die in besonderen, „staatswichtigen“ Tätigkeiten beschäftigt waren. Hier gab es Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der Alterssicherung, deren Leistungen beträchtlich über denen des „Normalverbrauchers“ lagen. Bemessensgrundlage war regelmäßig das letzte erzielte Bruttoentgelt; für Stasi-Bosse

und Parteibonzen im SED-Staat konnte diese Altersversorgung durch satte ergänzende Leistungen bis zu 12.000 Ost-Mark erreichen!

Wesentliche Kennzeichen des DDR-Rentensystems waren somit: Niedrige und nahezu einheitliche Renten für jedermann, üppige Versorgung für Funktionäre, die ehemals staatsnah beschäftigt waren.

Heute: solide und umfassende Alterssicherung in den neuen Bundesländern

Heute wird Rente in den neuen Bundesländern nach den gleichen Prinzipien bemessen, die auch im Westen unseres Landes gelten. Die Renten werden regelmäßig entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung angepaßt und erreichen im direkten Vergleich heute bereits 75 Prozent der Renten im Westen. Da in den neuen Bundesländern sehr viele Frauen durchgängig erwerbstätig waren und so einen eigenen Rentenanspruch erwerben konnten, liegt die durchschnittlich gezahlte Rente sogar bei 95 Prozent der durchschnittlichen Westrente. Am Tag vor der Herstellung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion betrug das Verhältnis der Standard-Ost-Rente zur Standard-West-Rente lediglich zwischen 29 und 37 Prozent!

Die Rentnerinnen und Rentner sind damit eindeutig Gewinner der Einheit. Miet- und Preissteigerungen wurden durch die Rentensteigerungen mehr als ausgeglichen.

Neuberechnung der Renten

Allerdings war die Neuberechnung der Renten in den neuen Bundesländern ein schwieriges Unterfangen. Eine leistungsfähige Rentenverwaltung gab es nicht, die neuen Strukturen mußten erst aufgebaut und funktionsfähig gemacht werden. Hier haben auch viele Mitarbeiter der westdeutschen Rentenverwaltung geholfen, teilweise sogar in Wochenend- und Nacharbeit.

Dennoch sind bis heute nicht alle Renten, insbesondere die der Zusatz- und Sondersversorgung, endgültig berechnet. Doch dadurch wird den betroffenen Rentnern kein Nachteil entstehen. Denn stellt sich bei der Berechnung im Nachhinein heraus, daß zu wenig gezahlt wurde, wird nachgezahlt. Wurde hingegen im pauschalen Umrechnungsverfahren zuviel gezahlt, darf der Rentner diese übersteigenden Teilbeträge behalten; es gilt Vertrauensschutz.

Wie oben erwähnt, stellte sich bei der Umstellung der Renten ein weiteres Problem: Einige Gehälter bestimmter Personengruppen waren im Vergleich zu den anderen Einkommen in der DDR überhöht. Damit wollte die SED diejenigen belohnen, die im Staatsapparat „wichtige“ Funktionen einnahmen. Die CDU hat dafür gesorgt, daß diese politisch motivierten Einkommensan-

teile nicht auch noch dazu führen, daß entsprechende Personen im Nachhinein höhere Renten erhalten.

Gegenüber den Menschen, die nicht mit dem System einverstanden waren und dadurch berufliche Nachteile in Kauf nahmen, ist diese Praxis mehr als gerecht.

8. Wohnungsbau: Rekordstand bei Genehmigungen

Verfallene Altbauten und trostlose Plattenbausiedlungen kennzeichneten die Wohnungssituation in der ehemaligen DDR. Es dominierte die Mietwohnung; selbstgenutztes Wohneigentum war fast ausschließlich auf das Einfamilienhaus beschränkt. Die DDR-Bürger verfügten im Schnitt über etwa 28 Quadratmeter Wohnfläche pro Einwohner; im Vergleich zu etwa 37 Quadratmeter Wohnfläche je Einwohner in der alten Bundesrepublik. Aufgrund der Wohnungsmangelverwaltung wurden die Wohnungen zugewiesen, was häufig zu „bösem Blut“ führte und Sozialneid weckte, zumal linientreue Genossen dabei bevorzugt behandelt wurden.

Besonders gravierend waren die Ausstattungsdefizite im ostdeutschen Altbau. 17 Prozent der vor 1948 errichteten Mietwohnungen der neuen Länder waren als „Substandardwohnungen“ einzuschätzen, weil sie weder Bad noch Innentoiletten noch Sammelheizung aufwiesen. Lediglich 25 Prozent der Altbau-mietwohnungen verfügten über eine Sammelheizung. Hieraus resultierte auch die trotz des Wohnungsmangels relativ hohe Leerstandsquote von etwa 500.000 Wohnungen, da viele Wohnungen nur erschwert vermietbar und 225.000 Wohnungen sogar unbewohnbar und baupolizeilich gesperrt waren.

Bau-Boom

Der Nachholbedarf ist groß. Der Wohnungsbau boomt mit zweistelligen Zuwachsraten. In den neuen Bundesländern ist die Bauwirtschaft die Konjunkturlokomotive. Die Zahl der Baugenehmigungen hat sich 1993 auf 73.000 im Vergleich zum Vorjahr etwa verdreifacht. 1994 werden 95.000 Genehmigungen erwartet. Dieser anhaltende Aufschwung wird unterstützt durch das neue Wohnbaulandgesetz und verbesserte Förderbedingungen sowie die Lösung der Altschuldenfrage, für die der Bund 31 Milliarden DM aufbringen wird. Durch diese Teilentschuldung der ostdeutschen Wohnungswirtschaft steht eine Investitionsoffensive bevor, die das jährliche Bauvolumen in den neuen Bundesländern von gegenwärtig 13 Milliarden DM auf

etwa 30 Milliarden DM steigen läßt. Damit entsteht neuer und vor allem bezahlbarer Wohnraum.

Zur Deckung des hohen Bedarfs für Instandsetzung und Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand der neuen Bundesländer wurde das KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm des Bundes im Rahmen des Solidarpakts von 30 Milliarden DM auf 60 Milliarden DM verdoppelt. Die Zinssubvention trägt der Bund.

Eigene „vier Wände“

Vor allem bei den Wohneigentumsbildungen besteht großer Nachholbedarf. Im Gegensatz zu den alten Ländern mit einer Eigentumsquote von 40 Prozent leben erst etwa 24 Prozent der Haushalte in den neuen Bundesländern in den eigenen „vier Wänden“. Bislang wurden etwa 45.000 Wohnungen aus Bauruinen neu erstellt und 19.000 kommunale Wohnungen vor allem durch Verkauf an die Mieter privatisiert.

Bezahlbarer Wohnraum

Da die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum eine der wichtigsten sozialen Frage ist und die angespannte Lage am Wohnungsmarkt besonders für junge Familien ein Problem darstellt, wurde das gesamtdeutsche finanzielle Engagement des Bundes für den sozialen Wohnungsbau von 450 Millionen DM im Jahre 1988 auf fast 4 Milliarden DM 1993 ausgeweitet. Davon fließt seit 1991 eine Milliarde DM jährlich in die neuen Bundesländer. Darüber hinaus werden ehemalige NVA-Wohnungen um bis zu 50 Prozent verbilligt abgegeben, wenn sich die Erwerber zur Instandhaltung und Vermietung zum ortsüblichen oder preisrechtlich zulässigen Mietzins für mindestens 20 Jahre verpflichten.

Durch die marktwirtschaftliche Neuorientierung der Wohnungswirtschaft sind die Mieten in den neuen Bundesländern gestiegen. Dies muß allerdings in Relation zu den früheren Billigmieten von 0,50 DM pro Quadratmeter gesehen werden, die zur völligen Überschuldung der Wohnungsträger geführt haben. Sicherlich ist der Anstieg auf im Schnitt heute 4,50 DM pro Quadratmeter prozentual sehr groß. Zum einen werden aber die sozialen Folgen der Mieterhöhung durch Sonderwohngeld aufgefangen, zum anderen ist die Mietbelastung im Vergleich zu den alten Bundesländern mit 7, — DM pro Quadratmeter immer noch sehr gering. Eine neue Wohnung ist im Westen kaum noch unter der doppelten Höhe zu erhalten.

9. Gesundheitswesen: Versorgung wie im Westen

Die Sicherstellung einer umfassenden medizinischen Versorgung war nach Herstellung der Einheit Deutschlands ebenfalls eine der zentralen Aufgaben der Politik. Hier ist soziale Einheit hergestellt: Das Gesundheitssystem in den neuen Ländern sichert jedem Bürger die medizinisch notwendige optimale Hilfe. Es finanziert sich über die Beiträge zur Krankenversicherung selbst und steht auf eigenen Füßen.

Gesundheitswesen in der ehemaligen DDR

Das staatlich gelenkte Gesundheitswesen in der DDR entsprach im Versorgungsniveau nicht den Ansprüchen eines modernen Industrielandes.

Die Mängel und Probleme hatten ihre Ursache im sozialistischen System: Die Bevölkerung hingegen war nicht weniger fleißig und strebsam als in der alten Bundesrepublik. Ärzte und Pflegekräfte hatten in der Regel ein hohes Berufsethos. Die Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Versorgung erforderte jedoch unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft viel Zeit, Kraft und Organisationsvermögen.

Die Gesundheitsversorgung war staatlich organisiert: Private Ärzte gab es wenige, private Apotheken jedoch keine. Da in der DDR nur 2.000 verschiedene Medikamente verfügbar waren, zeigten sich auch in der Grundversorgung der Bevölkerung medizinische Lücken. Der Mangel bestand erst recht in der medizinischen Spitzenversorgung. Vielfach mußte den Kranken die notwendige Hilfe versagt bleiben. Unter strenger Parteiaufsicht war es Patienten gelegentlich erlaubt, hochwertige Medikamente über Verwandte aus dem Westen zu beziehen.

Vergleichsweise schlecht war daher auch der Gesundheitszustand der Menschen in der DDR:

- Atemwegserkrankungen bei Kindern bis zu fünf Jahren traten gehäuft auf.
- Altersbedingte Gebrechlichkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen als Todesursache lagen seit Mitte der 70er Jahre deutlich über dem Niveau der alten Bundesrepublik.
- Die mittlere Lebenserwartung war bei Männern zwei bis drei Jahre, bei Frauen sogar sieben Jahre niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Verhältnis der Zahl der Ärzte zur Zahl der Patienten lag in der DDR bei 1 : 400 (in der Bundesrepublik Deutschland bei 1 : 346). Außerdem waren die

Ärzte ungleichmäßig verteilt: Überflüssige Arztplanstellen in Armee- und Regierungsspitälern einerseits und Ärztemangel auf dem Land andererseits führten zu Versorgungsengpässen für die breite Bevölkerung.

Der Zustand der Krankenhäuser war baulich und hygienisch unzureichend. Die Bausubstanz der Krankenhäuser stammte vielfach aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.

Der Sozialismus war, dies ist heute offensichtlich, nicht in der Lage, den Menschen in der ehemaligen DDR die medizinische Versorgung zukommen zu lassen, die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik möglich gewesen wäre.

Deutliche Fortschritte

Mit der Einführung der gegliederten Gesetzlichen Krankenversicherung und der Herstellung von Niederlassungsfreiheit für Ärzte wurde in den neuen Bundesländern nach der Wende sehr rasch ein leistungsfähiges Gesundheitswesen aufgebaut. Auch dort sind nun etwa 70.000 verschiedene Medikamente zugelassen, so daß für jede Krankheit das geeignete Präparat bereitsteht. Die Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung sind dabei stabil geblieben. Denn auch in den neuen Bundesländern greift das Gesundheitsstrukturgesetz mit seinen Maßnahmen der Kostendämpfung und effizienten Leistungsgestaltung.

Eine besondere Aufgabe war die Sicherstellung einer guten medizinischen Versorgung in den Krankenhäusern. Durch ein Soforthilfe-Programm der CDU-geführten Bundesregierung in Höhe von 520 Millionen DM konnte die technische Ausstattung deutlich verbessert werden. Im Rahmen der Investitionspauschale und durch das kommunale Kreditprogramm wurden darüber hinaus weitere Milliardensummen zur Sanierung der Krankenhäuser bereitgestellt. Ein zusätzliches Gemeinschaftsprogramm zur Finanzierung der Krankenhausinvestition mit einer Laufzeit von zehn Jahren wird seitens des Bundes nochmals sieben Milliarden DM zur Verfügung stellen, die gleiche Summe fließt aus den Kassen der Bundesländer und der Krankenkassen.

So wird der bestehende Nachholbedarf im Bereich der Krankenhäuser bereits bald befriedigt und das Niveau der stationären Versorgung voll und ganz an die Verhältnisse im Westen Deutschlands angeglichen sein.

Auch die Pflegeversicherung stellt Mittel für die Sanierung der bisher völlig unzureichenden Pflegeeinrichtungen bereit. Hier fließen in den nächsten acht Jahren jährlich 800 Millionen DM.

Bei der Herstellung der sozialen Einheit im Bereich des Gesundheitswesens hat das gegliederte Gesundheitssystem seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

10. Kinderbetreuung: Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz verwirklicht

Die DDR war für ihren hohen Ausstattungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen bekannt. Schließlich sollten schon Kleinkinder zu sozialistischen Menschen erzogen werden. Dies konnte aber nur erreicht werden, indem die Kinder früh der elterlichen Fürsorge entzogen wurden. Der Ausbau von Kindertagesstätten war vor allem für Ehefrauen mit Kindern eine notwendige Maßnahme zur Begrenzung der Mehrfachbelastungen der Frauen durch Kinder, Haushalt und Beruf. Äußerlich wurde der Eindruck vermittelt, daß diese sozialpolitischen Maßnahmen sehr erfolgreich waren. Sie leisteten aber keinen Beitrag zur Gleichberechtigung der Frauen. Das Vorhandensein eines Zweitverdieners im Haushalt war vielmehr ökonomische Notwendigkeit. Auch nach der Wiedervereinigung konnte ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen weitgehend erhalten bleiben. Alle neuen Bundesländer haben den für 1996 im gesamten Bundesgebiet geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bereits verwirklicht, Thüringen sogar für zweieinhalbjährige Kinder.

Die von der DDR-Staatsführung so häufig gepriesene sozialistische Errungenschaft Kinderkrippe war, wie führende Kinderpsychologen und Pädagogen bestätigen, nichts Positives, weil sie eher die normale Entwicklung des Kindes hemmte und der Familienerziehungen entgegenwirkte.

Die Bedürfnisse von Kleinstkindern in altersgemischten Gruppen oder familienähnlichen Betreuungsformen durch Tagesmütter werden heute berücksichtigt und sind als das bessere pädagogische Konzept anzusehen. Kinderkrippen, Kindergärten und Horte sind stets familienbegleitend und nicht familienersetzend zu sehen.